

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Mittelbadischer Courier. 1896-1936 1934**

159 (12.7.1934)

# Mittelbadischer Kurier

Ettlinger Tagblatt mit den neuesten Handels-Nachrichten für Stadt und Bezirk Ettlingen

Verlag: Buch- und Steinbruderei R. Barth-Ettlingen  
Kronenstr. 26, Fernruf 78. — Postfachkonto 1181 Karlsruhe.  
Hauptgeschäftsführer: R. Barth-Ettlingen, verantwortlich für  
Politik u. Badisches i. Vertr. P. Leuber-Rastatt, für Lokales u.  
Inserate: R. Barth. — Druck: R. & G. Greiser, Gmbh., Rastatt,  
Kaiserstr. 40/42. — Anzeigenannahmeschluss 9 Uhr, dringende 10 Uhr.

Bezugspreis: Durch die Post monatlich 1,50 RM.; zuzüglich Post-  
gebühren oder durch Träger frei Haus pro Monat 1,50 RM.;  
Einzelnnummer 10 Reichspfennig. Im Falle höherer Gewalt hat  
der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Entschädigung bei verspäteter  
oder Nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen können nur  
bis 25. des Monats auf den Monatsletzten angenommen werden.

Anzeigenpreis: Die einseitige 46 Millimeter breite Millimeterzeile  
5 Reichspfennig; Reklameanzeigen Millimeter 15 Reichspfennig.  
— Beilagen: Das Tausend 10 Reichsmark. Bei Wiederholung  
Rabatt, der bei Nichterhalten des Zieles, bei gerichtlicher  
Verurteilung und Konturgen wegfällt. — Für Platzvorschrift und Tag  
der Aufnahme wird keine Garantie übernommen. D. N. VII. 34, 1620

Nummer 159

Donnerstag, den 12. Juli 1934

Jahrgang 71

## Mißlungene Projekte

### Barthous Ostpakt — Englands Wohlwollen nur unter gewissen Bedingungen — Eine kleine Abfuhr für Rußland

Berlin, 12. Juli. Außenminister Barthou ist am Dien-  
stag abend von seiner Londoner Reise nach Paris zurück-  
gekehrt. Pressevertreter gegenüber erklärte er sich über  
seine Londoner Besprechungen höchst befriedigt. Die Pariser  
Morgenpresse macht sich diese Zufriedenheit ebenfalls zu eigen  
und bringt spaltenlange Kommentare über die Ergebnisse  
der Reise.

Wie im wesentlichen dazu geführt habe, daß England  
nicht nur jeden Widerstand gegen ein Ostlocarno auf-  
gegeben,

sondern sich sogar — allerdings unter gewissen Bedingun-  
gen — bereit erklärt habe, in Berlin und Rom für diesen  
Pakt Propaganda zu machen. Die Bedingung, die man  
englischerseits an einen solchen Schritt geknüpft hat, liegt  
auf dem Gebiet der Abrüstung. Aus den Ausführungen  
der Pariser Presse geht einwandfrei hervor,

daß die englische Regierung sich mit dem Abschluß eines  
Ostlocarno nur für den Fall einverstanden erklärt, daß  
die natürliche Folge davon eine allgemeine Rüstungs-  
beschränkung und die Aufgabe der starren Haltung  
Frankreichs ist, die in der Note vom 17. April zum  
Ausdruck kommt. Aber nicht nur auf dem Gebiete der  
Abrüstung hat die englische Regierung nach der Dar-  
stellung der französischen Presse eine Reihe französischer  
Angelegenheiten gefordert, sondern sie hat auch eine deut-  
liche Erklärung über die Absichten Frankreichs gegen-  
über Rußland verlangt.

Man befürchtete englischerseits, Rußland könnte in den Vo-  
caronovertrag hineingezogen bezw. als Gegenleistung für das  
Ostlocarno, in dem es eine führende Rolle spielen soll, den  
Vocarnopakt mit garantieren. Baldwin hat Barthou zu  
versichern gegeben,

daß England um keinen Preis Rußland als Partner in  
einem Abkommen haben wolle, in dem seine eigenen In-  
teressen auf dem Spiele stünden. Die englische Regie-  
rung hat ferner darauf hingewiesen, daß sie dem Ein-  
tritt Rußlands in den Völkerbund nur dann zustimmen  
würde, wenn die Sowjetunion ausnahmslos alle Ver-  
pflichtungen übernehme, die aus dem Völkerbundsvertrag  
jedem Mitglied erwachsen.

Was das Ostlocarno angeht, hat man englischerseits Wert  
auf die Feststellung gelegt, daß dieser Pakt auch wirklich ein  
Gegenseitigkeitspakt sei, in dem sich alle Beteiligten gegen-  
seitig die Sicherheit garantieren würden. Würde es sich um  
ein einseitiges Abkommen handeln, dann würde sich die  
englische Regierung deshalb nicht damit einverstanden er-  
klären können, weil es die augenblickliche Stabilität in  
Europa gefährden könnte.

Erst nachdem der französische Außenminister versichert  
hatte, daß Rußland in keiner Form am Vocarnovertrag  
beteiligt würde, daß für England aus dem Ostlocarno  
keine neuen Verpflichtungen erwachsen und daß dieser  
auf Gegenseitigkeit beruhe,

hat man englischerseits sich dazu bereit erklärt, den fran-  
zösischen Bemühungen wohlwollend gegenüber zu stehen.  
Das Versprechen der englischen Regierung, in Berlin  
vorherzutreten, um auf die angeblichen Vorteile  
dieses Paktes hinzuweisen, scheint ohne besondere Ueber-  
zeugung von dem Erfolg eines solchen Schrittes gemacht  
worden zu sein.

Die englische Presse ist sich im großen und ganzen dar-  
über einig, daß Barthou nicht mit leeren Händen nach Paris  
zurückkehrt, teilt aber keineswegs den von französischer Seite  
ausgedrückten großen Optimismus.

Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß eine gewisse  
platonische und mit Klauseln versehene Vereinbarung  
zu dem Ostlocarnopakt erzielt worden sei. Einige  
Blätter unterstreichen aber, daß die Voraussetzungen von  
einer weitgehenden Einigung über eine militärische  
englisch-französische Zusammenarbeit nicht eingetroffen  
sind.

Besonderer Beachtung verdient ein Leitartikel der „Ti-  
mes“, das Blatt schreibt:

„Der neue Pakt muß ebenso viel Wert für Deutschland  
wie für die anderen Teilnehmer besitzen. Er muß verhan-  
delt werden auf einer Grundlage der vollständigen Gleich-  
heit. Die vorläufigen Verhandlungen sind kaum derart ge-  
wesen. Deutschland davon zu überzeugen, daß eine volle  
Gegenseitigkeit beabsichtigt ist. Die Frage der deutschen  
Gleichheit, die natürlich auch an erster Stelle in den deut-  
schen Gedankenängsten und gewöhnlich in Gestalt von Rü-  
stungsbedenken zum Ausdruck gebracht wird, stand sehr stark  
im Vordergrund. Wenn aber das Ostlocarno ein nützlich-  
es Werkzeug der Befriedigung sein soll, so darf diese Seite des  
Problems nicht unbeachtet gelassen werden. Der vorgeschla-  
gene Pakt der gegenseitigen Unterstützung muß Deutschland  
umfassen und damit dazu beitragen, Deutschland zum Völ-  
kerbunde zurückzubringen.“

Ein Beileistenden Deutschlands würde seine Rückkehr  
nach Genf doppelt schwierig machen. Auch Polen darf  
nicht ausgelassen werden. Die Verhandlungen werden  
wahrscheinlich außerordentlich schwierig werden.

Die Stellung der englischen Regierung ist besonders delikate.  
Es ist eine feststehende Tatsache, daß England keine neuen  
Verpflichtungen eingehen wird. Die englische Teilnahme an  
den bevorstehenden Verhandlungen wird daher voraussicht-  
lich informell und ihr Zweck darauf gerichtet sein, die Ge-  
fahren zu vermeiden, daß Europa noch einmal in zwei ge-  
genseitig mißtrauische Staatsgruppen eingeteilt wird.“

In den italienischen Blättern wird nach Abschluß der  
Besprechungen Barthous in London in allen Ueberschriften  
diese als ein Fehlschlag bezeichnet. „Gazetta del Popolo“  
schreibt: Barthou sei nach London mit sehr gefährlichem Ge-  
päck gekommen: Verstärkung der Völkpolitik und Militär-  
bindnisse; er habe aber ein England gefunden, das über die  
übernommenen Verpflichtungen hinaus keine neuen auf sich  
nehme. — „Stampa“ erklärt, daß man jetzt nach Barthous  
Londoner Reise eine erste Bilanz über die Lage ziehen  
könne. Der Besuch Barthous in Brüssel habe keine für  
Frankreich günstige Ergebnisse gezeigt. Auch die Resultate  
der Barthouer Reise seien unbedeutend. Dann seien  
die Reisen nach Prag, Bukarest und Belgrad gekommen.  
Die Bindnisse, die die Politik Daladier's und Paul-Bon-  
courts in Gefahr gebracht haben, seien erneuert worden. Zu  
den Plänen eines Ostlocarno's und eines Mittelmeerpaktes  
schreibt das Blatt, es sei zwar keine Wahrscheinlichkeit, daß  
irgendeines dieser unnatürlichen Gebilde wirklich verein-  
bart werden, sie dienen eben inzwischen als taktische Manö-  
ver zur Vorkriegung und zum Druck auf Deutschland und  
zur Schwächung der Stellung Italiens. Barthou bilde

## Rumänien sucht Rüstungskredite

### Zatarescus Besprechungen in Paris

Paris, 12. Juli. (Eigener Bericht.) Rumänien will rüsten.  
Die Notwendigkeit rascher Rüstung wurde ihm in den ver-  
schiedensten Konferenzen der Kleinen Entente und beim Bar-  
thou-Besuch als eierneß muß dargetan. Und um diese Rü-  
stungen schnellstens durchzuführen zu können, mußte Zatarescu  
nach Paris reisen, wo er gestern eintraf und eine mehrstün-  
dige Unterredung mit Barthou hatte. Hauptzweck dieser  
Reise und Aussprache war sicherlich das Rüstungsthema, denn  
Rumänien hat kein Geld, um eine Aufrüstung, wie  
veranschlagt, selbst durchführen zu können. Da muß  
Frankreich einspringen und muß die nötigen Kredite  
einräumen.

Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, sollen zur Deckung

sich ein, durch ihr Lancieren die Initiative wieder gewon-  
nen zu haben.

Es sei notwendig, daß die gegenwärtigen Führer der  
französischen Politik endlich begriffen, daß man Pakte  
nicht mißbrauchen dürfe. Es seien schon zu viele vor-  
handen, zudem bestiehe ein fundamentales Ueberein-  
kommen, das nicht Gegenstand von Veränderungen  
sein dürfe, das von Vocarno.

Wenn internationale Abkommen überhaupt leben sollten,  
müßten sie auf dem Grundsatze der Gerechtigkeit und der ge-  
genseitigen Achtung basieren. Diesen Anforderungen ent-  
spreche der Viererpakt, den man ignorieren wolle. Er aber  
sei die einzige Rettung aus dem Chaos.

### Uebersetzung der Reichstagsitzung am 13. Juli

Der Reichstagsdeputierter teilt mit:  
Am Freitag 20 Uhr findet über alle deutschen Sender  
vom Deutschlandsender die Uebersetzung der Reichstags-  
sitzung statt. Die Stunde der Nation wird auf einen späte-  
ren Zeitpunkt verlegt. Der politische Kurzbericht fällt aus.

### Die Botschafter der Großmächte beim Reichsaußenminister

Berlin, 12. Juli. Der Reichsaußenminister hat Dien-  
stagnachmittag die Botschafter Frankreichs, Englands, Italiens  
und Japans empfangen, um sie nachdrücklich auf die  
Verhältnisse im Niemandsgebiet und die Notwendigkeit eines  
unmittelbaren Eingreifens der Signatarmächte hinzuweisen.

### Der Führer der Wirtschaft Kehler abberufen

Berlin, 12. Juli. Der Reichswirtschaftsminister hat den  
bisherigen Führer der Wirtschaft, Generaldirektor Philipp  
Kehler, von seinem Posten als Führer der Wirtschaft mit  
sofortiger Wirkung abberufen. Bis zur endgültigen Rege-  
lung ist der stellvertretende Führer der Wirtschaft, Graf von  
der Goltz, mit der alleinigen Wahrnehmung der Führung  
der Geschäfte beauftragt worden.

## Neues Dollfuß-Kabinett

### Vier Portefeuilles für Dollfuß

Wien, 12. Juli. Bundeskanzler Dr. Dollfuß hat am  
Dienstag namens der Gesamtregierung dem Bundespräsi-  
denten die Demission der Bundesregierung angeboten. Der  
Bundespräsident beauftragte Dr. Dollfuß, Vorschläge für  
die neue Zusammenlegung der Regierung zu machen. Die  
neue Regierung setzt sich wie folgt zusammen:

Regierungschef: Dollfuß mit Bundeskanzleramt, Aus-  
wärtige Angelegenheiten, Sicherheitswesen, sowie  
Landwirtschaft und Landesverteidigung,  
Vizekanzler: Starbemburg,  
Bundesminister: Fey,  
Unterrichtsminister: Schulzhatz,  
Sozialminister: Neustädter-Stürmer,  
Finanzminister: Burek,  
Handelsminister: Stodfinger,  
Justizminister: Berger-Waldenegg,  
Staatssekretär für Sicherheitswesen: Karminsky,  
Staatssekretär für Aeußeres: der bisherige Berliner  
Gesandte, Ingenieur Tauschitz.

Dollfuß nahm die Rekonstruktion der Regierung vor,  
um auf diese Weise eine konzentrierte Zusammen-  
fassung der wichtigsten auf die Sicherung von Ruhe  
und Ordnung bezüglichen Ressorts in seiner Hand  
durchzuführen und so die letzten Reste staatsfeind-  
licher Bewegungen zu beseitigen. Es werde ohne Ver-  
zug eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt werden,  
die im besonderen eine Erweiterung der auf Spreng-  
stoffanschläge bezüglichen Gesetze und Vorschriften be-  
treffen.

Auf den Besitz von Sprengstoffen wird die Todesstrafe  
gelegt, falls nicht innerhalb einer kurz bemessenen Frist  
innerhalb deren dem unbefugten Besitzer Strafslosigkeit zu-  
gesichert wird, die restlose Ablieferung der noch vorhande-  
nen Sprengstoffvorräte erfolgt. Die Bedeutung der Mini-  
sterratsbeschlüsse wird durch die Einsetzung eines Generals-  
staatskommissars für außerordentliche Sicherheitsmaßnah-

dieser Rüstungskredite die Petroleum-Naturalabgaben ver-  
pfändet werden, zu denen die rumänischen Erdölgesellschaften  
verpflichtet sind. Die französischen Kredite dürften auch  
nicht als Barauszahlung gewährt werden, sondern nur  
in Form von Lieferungen der französischen Rüstungs-  
industrie.

Zatarescu dürfte seinen Pariser Aufenthalt ferner dazu  
benutzen, um verschiedene strittige Fragen zwischen dem rumä-  
nischen Staat und den Gläubigervertretern in Paris zu be-  
reinigen. Die ursprünglich geplante Reise nach London soll  
aufgegeben worden sein, woraus man schließen darf, daß die  
von Rumänien beanspruchten Kredite allein von Frankreich  
gegeben werden.

men zur Bekämpfung staatsfeindlicher Bestrebungen in der  
Person des Ministers Fey unterstücken, der Vorsitzender  
eines ständigen Ministerausschusses und einer außerordent-  
lichen Staatskommission mit besonderen Vollmachten wird.

### Der österreichische Gesandtenposten in Berlin verwaist

Wien, 12. Juli. In gut unterrichteten Kreisen verstärkt  
sich am Mittwoch der Eindruck, daß die österreichische Re-  
gierung vorläufig nicht die Absicht hat, nach der Verlegung  
des gegenwärtigen Berliner Gesandten Dr. Tauschitz zum  
Staatssekretär des Aeußeren den Berliner Posten in näch-  
ster Zeit wieder zu besetzen. Es soll vielmehr im Hinblick  
auf den gegenwärtigen zwischen Deutschland und Oesterreich  
bestehenden Zustand der Plan bestehen, den Berliner Posten  
für einige Zeit unbesetzt zu lassen. In politischen Kreisen  
erklärt man darin

einen betonten Schritt der österreichischen Regierung,  
die offenbar nach außen hin die Spannung zwischen  
Deutschland und Oesterreich zum Ausdruck bringen  
will.

Die endgültige Entscheidung über die Wiederbesetzung des  
Berliner Gesandtschaftspostens soll erst nach der Zusammen-  
kunft zwischen Mussolini und Dollfuß in Riccione Ende  
Juli fallen.

Sollte sich diese Meldung bewahrheiten, so handelt es  
sich offenbar um eine Verlegenheitsmaßnahme; denn die  
österreichische Regierung ist anscheinend nicht in der Lage,  
angesichts des gegenwärtigen Standes der deutsch-österreichi-  
schen Beziehungen aus ihren Stellen einen Anwärter zu  
präsentieren oder aus den Kreisen der aemianen Persön-  
lichkeiten jemanden zu finden, der die Aufgabe zu überneh-  
men bereit wäre.





